



PRESSEMITTEILUNG

DGB: Land muss sich mehr an Krankenhausfinanzierung beteiligen

Frankfurt, 10. Januar 2020

Der DGB Hessen-Thüringen unterstützt die heute vorgestellten Forderungen des hessischen Städtetages zur Krankenhausfinanzierung: Eine gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Wohnort oder der Kassenlage der einzelnen Kommunen abhängen“, fordert der Vorsitzende des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Michael Rudolph. „Die Landesregierung muss jetzt ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einlösen und die Investitionsmittel für Krankenhäuser erhöhen“.

Bereits in der Vergangenheit wurden im ländlichen Raum viele Krankenhäuser oder einzelne Stationen geschlossen. Andere sind gefährdet, da die Krankenhäuser die Investitionen nicht erwirtschaften können. Grund dafür sind auch die fehlenden Investitionsmittel des Landes. „Das verschlechtert die Gesundheitsversorgung und somit die Attraktivität des ländlichen Raumes. Viele Menschen zieht es dann in Ballungsräume was wiederum dort die Probleme wie ein mangelndes Angebot an bezahlbarem Wohnraum verschärft“, sagt Michael Rudolph. „Gesundheit ist keine Ware sondern ein Menschenrecht und die Versorgung muss da bestehen, wo die Menschen leben“.

Bezirkspressestelle

PM 110

Hanna Hoeft

Pressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

hanna.hoeft@dgb.de

Telefon: 069 273005-52
Telefax: 069 273005-55

hh/rs

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

hessen-thueringen.dgb.de